

Januar / Februar 2005

pro+kontra

Stadtzeitung der DKP für Püttlingen

Wenn sich der Bürgermeister da nicht „in den Finger geschnitten“ hat:

Schul-Diskussion keineswegs abgehakt

Am 15. Januar berichtete die SZ über Schulschließungen im Köllertal und zitierte dabei auch Bürgermeister Speicher, nach dessen Meinung die **Schließung der Viktoriaschule in Püttlingen „ohne großes Getöse“** vonstatten gehen dürfte. Schließlich habe die Stadt durch die Herrichtung ihres „Pädagogischen Zentrums“ auf der Ritterstraße „entsprechende Weichen bereits selbst gestellt“.

Die DKP-Fraktion bedauert in einem Schreiben an die Stadtverwaltung, dass (nicht zuletzt durch Äußerungen von BM Speicher!) der Eindruck entstehe, als sei alles schon in trockenen Tüchern. Es sei auch keineswegs so, als habe der Stadtrat die Schließung der Viktoriaschule bereits sanktioniert.

Die DKP besteht darauf, dass jetzt im Rat endlich Klarheit geschaffen wird. Denn bis zum heutigen Tag gibt es **kein vom Stadtrat beschlossenes Konzept** für das Pädagogische Zentrum, noch existiert ein vom Rat bestätigtes Programm für dessen Durchsetzung. Alles, was bisher geredet wurde, ist teilweise sehr vage, nicht im Einzelnen spezifiziert und keinesfalls verbindlich. Selbst der vom Stadtrat am 10.11.2004 gefasste Grundsatzbeschluss zur Einrichtung einer „echten“ Ganztagschule im Pädagogischen Zentrum basiert nur auf einer allgemeinen Aussage.

Die DKP verweist in diesem Zusammenhang auf eine Bemerkung von Franz Hertel in der Sitzung vom 10. November, wonach die Zustimmung

Stadt Püttlingen startete mit Neujahrsempfang ins Jahr 2005:

Gute Wünsche reichen da kaum aus



Rückschau und Ausblick waren in der Festrede des Bürgermeisters beim Neujahrsempfang der Stadt gleichermaßen vertreten. Aber trotz aller guten Wünsche werden riesige Anstrengungen notwendig sein, um viele städtische Probleme auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Dabei wird die DKP-Fraktion, die beim Neujahrsempfang (unser Foto) stark vertreten war, das *Nötige und Vertretbare* natürlich unterstützen.

17. Parteitag der DKP

12./13. Februar 2005



Der Püttlinger DKP-Fraktionsvorsitzende nimmt am 17. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei in Duisburg teil. Franz Hertel ist einer von sieben Delegierten, welche die saarländischen Genossinnen und Genossen auf dem Parteitag vertreten. In der nächsten Ausgabe werden wir darüber berichten.

der DKP zu einer Änderung beim ursprünglich geplanten Ausbau des Gehweges Bahnhofstraße keinesfalls mit einer Zustimmung zur Verlegung der Viktoriaschule gleichzusetzen sei.

Grundsätzlich gegen Privatisierung

Ver.di-Landesleiter Rolf Linsler hat sich in die derzeit laufende Diskussion um das Hesse-Gutachten zur Funktionalreform eingeklinkt und dabei besonders die vorgeschlagene Privatisierung staatlicher Aufgaben - z.B. Abfall- u. Wasserwirtschaft, Katastrophenschutz, Staatswald, Krankenhäuser - aufs Korn genommen (SZ vom 17.1.05).

Linsler lehnt die Verlagerung von bislang öffentlichen Aufgaben auf Private grundsätzlich ab, da es dadurch zu Tarifdumping und Personalabbau kommen könne. Zudem stelle sich ein Problem für die Demokratie, denn Private handelten nach Gewinnkriterien und seien der demokratischen Kontrolle durch die öffentliche Hand entzogen.

Lesen Sie auf Seite 6 eine Stellungnahme der DKP: Jetzt soll uns die Funktionalreform erschlagen!

Thema Schulen:

Keine Änderungen gegen die Menschen

Schulen sind etwas Besonderes. Es sind jene Einrichtungen, in denen Kinder erstmals mit dem „Ernst des Lebens“ konfrontiert werden, wo es nicht mehr nur nach Lust und Laune geht. Plötzlich spürt der junge Mensch, dass ein gewisses „Muss“ im Leben unvermeidlich ist.

Schöne, mitunter auch weniger angenehme, Erinnerungen an gemeinsam Erlebtes, an Mitschüler und Lehrer, an erste Erfolge oder Enttäuschungen verbinden sich mit der Schule. Aber auch als Treffpunkt örtlichen Geschehens, als kultureller Mittelpunkt ist die Schule kaum wegzudenken. Sie stellt für jeden Ort einen unschätzbaren ideellen Wert dar, mit dem sich Schüler, Eltern und Dorfgemeinschaft identifizieren. Da wirkt es um so schlimmer, wenn Landespolitiker skrupellos über Einwände und Proteste hinweggehen, gewachsene Strukturen zerschlagen und über 100 Lehrerstellen einsparen wollen. Es ist kein Wunder, wenn Menschen ihren Unmut lautstark bekunden.

Derzeit gibt es landesweiten Widerstand gegen die von der CDU-Landesregierung geplante Schließung eines Drittels der Grundschulen. Lehrer, Eltern und Schüler sehen in diesem Bestreben zu Recht eine rigorose Verschlechterung des Schulangebotes. Obschon die Verfechter der geplanten Standortschließungen von einer angeblichen Qualitätsverbesserung reden, soll tatsächlich nur gespart werden.

In einer solchen Situation wachsender Proteste gegen die derzeitige Schulpolitik von Minister Schreier, **wirkt es ziemlich grotesk, wenn ausgerechnet in Püttlingen alles „ohne großes Getöse“ vor sich gehen und quasi schon „vorseilender Gehorsam“ praktiziert werden soll.** Wir meinen, dass nichts gegen den Willen der Betroffenen durchgepeitscht werden darf. Wir brauchen eine breite Diskussion, wie die Schule der Zukunft gestaltet werden soll.



Nach den Wahlen ist jetzt die Katze aus dem Sack:

Das Saarland in Richtung Niedergang

Erinnern sie sich? Am 5. September waren Landtagswahlen. Das sind gerade mal fünf Monate her. Bis zu diesem Zeitpunkt war die Welt noch in Ordnung. Zumindest im Saarland und soweit man die Wahlverheißungen der CDU in Betracht zieht.

In einer ganzseitigen Annonce wenige Tage vor der Wahl jubelte Frau Kramp-Karrenbauer im *Öffentlichen Anzeiger*; ihr Chef im Landeskabinett sei zum „Ministerpräsident des Jahres“ geworden, habe in fünf Jahren „das Saarland nach vorne gebracht“ und zur „innovativsten Region in Europa“ gemacht. Der so beweihräucherte „Ebbelborrer Bub“ stand dann mit Lobpreisungen auch nicht zurück. Er versprach, dass das „dynamischste Bundesland“ seinen erfolgreichen Weg weitergehen wolle. Deshalb müsse man unbedingt die CDU wählen, damit: „Fortsetzung folgt!“

Jetzt haben wir den Salat! Alle Versprechungen haben sich als Lug und Trug erwiesen. Plötzlich macht die CDU so, als sei eine völlig neue Situation entstanden, wodurch die Union zu einschneidenden Maßnahmen gezwungen sei. Das ist Quatsch. Bereits vor der Wahl hatte die CDU-Regierung einschneidende Veränderungen geplant, dies aber den Wählern bewußt verschwiegen. Vorsätzlicher Betrug!

Nun kommt es knüppelhart. Das bezeugen Schlagzeilen der Tagespresse:

- ◆ „Bildungsstudie: Miese Noten für die Schulen im Saarland“ (25.11.04)
- ◆ „Grundschulschließungen: Über 100 Stellen bedroht“ (9.12.04)

- ◆ „Schreier: Aus für 99 Grundschulen“ (11.1.05)
- ◆ „Viele Kindergärten an der Saar auf der Kippe“ (20.1.05)
- ◆ „Politiker streiten über Zukunft des Saarbrücker Zoos“ (21.1.05)

Vom Staatstheater bis zum Zoo reicht die Liste der Grausamkeiten, Kindergärten und Schulen werden vom Rotstift bedroht, Lehrer und Polizei stehen auf der Streichliste - so sieht die reale CDU-Politik in unseren Tagen aus. Die Abwärtsspirale dreht sich, vom „Aufsteigerland“ redet niemand mehr, zurückgeblieben sind nur noch etliche Luftblasen vergangener Illusionen.

Immer dringender wird ein Politikwechsel im Saarland. Die Wende zu demokratischer, sozialer und ökologisch orientierter Politik kommt aber nicht im Selbstlauf. Deshalb ist es gut, dass sich das Volk immer öfter zu Wort meldet und seine Forderungen artikuliert. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der landesweite Protest gegen die Schließung von Grundschulen.

Die DKP unterstützt alle Bemühungen, die Rotstiftpläne der Landesregierung zu durchkreuzen und über Alternativen in der Schulpolitik zu diskutieren. Dabei könnte ein etwaiges „Volksbegehren“ die Chance bieten, auf breiter Basis die „Erfordernisse einer modernen Schule“ zu beraten.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Auch im neuen Jahr geht das Abzocken weiter

Versprochene Steuerersparnisse werden durch steigende Preise aufgeessen



Kurz vor Jahresende erreichte uns die freudige Botschaft: „Ab Januar bleibt mehr in der Lohntüte“. So jedenfalls berichtete die SZ in ihrer Ausgabe vom 24. November 2004. Denn ab 1. Januar 2005 greife die dritte Stufe der 1999 begonnenen Steuerreform. Dabei falle der Eingangssteuersatz von 16 auf 15 Prozent, während der Spitzensteuersatz von 45 auf 42 Prozent sinke. Das war endlich mal was anderes und es klang sehr verheißungsvoll: „Die meisten Deutschen dürften dann mehr Geld als bisher in der Tasche haben“.

Inzwischen hat das neue Jahr längst begonnen, aber es sieht gar nicht danach aus, dass es den Arbeitnehmern endlich besser geht. Die Steuerreform macht sich für die Mehrheit der kleinen bis mittleren Einkommensbezieher kaum bemerkbar. Beispiel:

Ein Alleinverdiener mit Kind (Steuerklasse III/1) erzielt bei einem Jahresbruttolohn von 35.000 Euro (Das sind monatlich rd. 2.900 Euro, und wer verdient das schon?) eine Steuerersparnis von etwa 60 Euro gegenüber 2004. Wieviel besser haben es da die Groß-

300.000 Euro mehr zugeschustert. Alle, die schon reich sind, werden jetzt noch reicher.

Es sind Milchmädchen-Rechnungen, wenn in der Presse verbreitet wird, dass die Nettolöhne und -Gehälter durch die dritte Reformstufe um durchschnittlich zwei Prozent steigen. Denn am Ende bleibt doch nicht mehr Geld im Portemonnaie. Im Gegenteil!

Den angeblichen Ersparnissen stehen nicht nur höhere Ausgaben zur Krankenversicherung (z.B. ab 1. Juli für Krankengeld und Zahnersatz) gegenüber. Auch die Tarife für Gas, Strom und Müllabfuhr klettern in die Höhe.

Privatkunden der Energie Saar-Lor-Lux bezahlen nun 6,8 Prozent mehr für Gas, bei Energis sind es 6,5 Prozent. Die Verbraucherschützer reagierten hierauf empört. Ihrer Auffassung nach ist der erneute Preisanstieg ungerechtfertigt. Sie fordern Gaskunden sogar auf, die Zahlung nur unter Vorbehalt zu akzeptieren und einen entsprechenden Brief an ihren Energieversorger zu richten. Der Bund der Energieverbraucher

verdiener! Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Josef Ackermann, bekommt durch die Steuerreform jährlich

geht noch weiter und plädiert dafür, die Mehrzahlung ganz zu verweigern und schriftlich Einspruch einzulegen.

Seit 1. Januar sind auch die Preise für Strom um bis zu 0,73 Cent pro Kilowattstunde angestiegen. Betroffen sind vor allem die Abnehmer kleinerer Mengen, zum Beispiel Single-Haushalte. Wer erinnert sich da nicht an frühere Versprechungen, wonach die Liberalisierung des Strommarktes zu dauerhaft billigeren Preisen führen würde? Nichts ist davon übrig geblieben. Die Energiekonzerne nutzen jede Möglichkeit, um die Verbraucher abzuzocken.

Abzockerei erleben die Bürger auch durch Erhöhung der Müllgebühren im Saarland und weitere Belastungen in anderen Bereichen. Es gibt also Gründe genug, sich klar zu werden, dass die Politik in Land und Bund zu Lasten der kleinen Leute geht und deshalb aktiven Widerstand erfordert.

Sie halten die Hand auf und kassieren

Kürzlich musste CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer gehen, weil er beim schamlosen Abkassieren erwischt wurde. Neben den Diäten und seinem Gehalt als rechte Hand von Angela Merkel hat er von RWE 250.000 € eingesteckt. Ganz offensichtlich waren seine politischen Verbindungen für den Energiekonzern außerordentlich nützlich. Aber Meyer hat nicht allein die Hand aufgehoben. Inzwischen wurde bekannt, dass etwa 200 frühere Mitarbeiter in der Politik engagiert sind und dabei Geld von RWE erhalten.

Die FDP-Politikerin Ulrike Flach bezog jahrelang neben ihren Bezügen als Abgeordnete noch jährlich 60.000 Euro vom Siemenskonzern. Inzwischen wurden auch Fälle bei VW bekannt. So wurden die niedersächsischen Landtagsabgeordneten Viereck und Wendhausen neben ihren Abgeordnetendiäten auch noch vom VW-Konzern „bezuschusst“.

Ein auch von der DKP befürwortetes Projekt ist im Werden



Der Rohbau für ein Wohnheim an der Bergehalde steht, im August 2004 war mit den Arbeiten dafür begonnen worden. Dieses neue Zuhause für 34 Personen gehört zur „Lebenshilfe für Behinderte Obere Saar e.V.“, deren Zweigwerkstatt in Püttlingen zur Zeit 194 Personen erfasst, die von 30 Fachkräften im Werkstatt- und Sozialbereich betreut und gefördert werden.

Wichtige Ereignisse noch einmal angeklickt:

Das Jahr 2004 im Rückblick

Schon wieder ist ein Jahr vorbei, in dem es viele bedeutende Ereignisse gegeben hat. Ein kurzer Rückblick soll die wichtigsten Dinge in Erinnerung rufen, wobei wir uns aus Platzgründen kurz fassen und auf Vorgänge in unserer Stadt beschränken müssen.

Das leidige Thema Finanzen

Während Püttlingen zum Jahresanfang 2004 wenigstens über einen Haushaltsplan verfügte, der noch im vorangegangenen Dezember beschlossen worden war, steht die Stadt derzeit mit leeren Händen da. Erst im Frühjahr wird sich der neue Rat mit dem Etat für 2005 befassen können, nachdem die Aufsichtsbehörde bisher unfähig war, verlässliche Eckdaten für die kommunale Planung zur Verfügung zu stellen.

Doch wie es aussieht, wird sich an der katastrophalen Finanzlage kaum etwas ändern. Nach dem noch im November verabschiedeten Nachtragshaushalt ist bereits ein Defizit von 19,8 Millionen Euro aufgelaufen, das sich nun weiter erhöhen dürfte. Mit der Folge, dass immer weniger Spielraum übrig bleibt, neue Aufgaben der Kommune in Angriff zu nehmen.

Um so unverständlicher ist die Absicht der Verwaltung, bis zu 20.000 Euro in das kommerzielle Unternehmen „Sommerbiathlon“ investieren zu wollen, was von vielen Mitbürgern als fragwürdig betrachtet und von der DKP-Fraktion nachdrücklich abgelehnt wird. In einer Zeit, wo selbst kleinere Beträge im Haushaltsplan eingespart werden und das vom Stadtrat beschlossene Konsolidierungsprogramm systematisch durchgesetzt wird, passt es einfach nicht in die Landschaft, derart hohe Beträge für kommerzielle Events zu verschwenden.

Kindergarten erneut teurer

Wie alle Jahre zuvor hat die Stadtverwaltung auch in diesem Herbst die Anhebung der Elternbeiträge für den Besuch städtischer Kindergärten in Vorschlag gebracht. Allerdings war nur die CDU-Fraktion bereit, die Verteuerung der Kindergartengebühren per 1. Januar 2005 zu beschließen und damit skrupellos ein CDU-Wahlversprechen zu brechen. Bekanntlich hatte die Union vor der Wahl 1999 versprochen, „innerhalb fünf Jahren die Elternbeiträge

an den Kindergärten im Saarland ganz abschaffen“ zu wollen, was bisher nicht eingehalten wurde. Klar ist, dass die DKP gerade in dieser Frage zu keinerlei Kompromissen bereit war. Nach wie vor stehen wir zu der Auffassung, dass Kindergärten als vorschulische Einrichtungen gefördert werden und grundsätzlich kostenlos sein müssen.

SKF dem Kapital geopfert

Über viele Monate hinweg hat die Frage nach den Arbeitsplätzen bei SKF das öffentliche Interesse dominiert. Trotz unzähliger Initiativen von Betriebsrat und Belegschaft und einer breiten Solidarität aus der ganzen Region konnte die Schließung des Gleitlagerwerkes in Etzenhofen nicht verhindert werden. Auch die DKP brachte ihre Unterstützung für den Kampf der SKF-ler auf vielfältige Weise zum Ausdruck.

Das Beispiel Etzenhofen hat erneut deutlich gemacht, dass in einer Zeit der brutalen Durchsetzung neoliberaler Wirtschaftspolitik auch die Bosse von SKF rücksichtslos dabei sind, ihre Profite abzusichern und das von ihnen zu verantwortende Mißmanagement auf dem Rücken der Belegschaft zu bereinigen.

Jährlich werden durch das Kapital mehr als 500.000 Arbeitsplätze in Deutschland absolut vernichtet, weil der Profit absoluten Vorrang hat. Aktionäre und Manager nehmen dabei keinerlei Rücksicht auf Menschenschicksale. Immer deutlicher

wird erkennbar, dass das Kapital uner-sättlich und

rücksichtslos ist. Aber es ist auch kriminell, wenn Betriebe geschlossen werden, nur weil die Bosse den Rachen nicht vollkriegen und - wie in Etzenhofen - hunderte Menschen um ihre Existenz gebracht werden.

Nach Pressemeldungen gehören nunmehr 167 Kolleginnen und Kollegen, die bisher noch keine andere Beschäftigung gefunden haben, einer Auffanggesellschaft an. Für ein Jahr, heißt es. Was dann wird, weiß noch niemand. Nur soviel ist sicher: Der reale Kapitalismus kann den lohnabhängigen Menschen keine dauerhafte soziale Sicherheit bieten. Und nur im solidarischen Kampf gegen die Bosse können Arbeiterrechte erhalten oder gar neu durchgesetzt werden.

DKP hat sich gut geschlagen

Das Jahr 2004 war nicht zuletzt von Kommunal- und Landtagswahlen im Saarland bestimmt. Wobei die Stadtratswahl in Püttlingen von besonderer Bedeutung war. Hier hat die DKP zum sechsten Mal in Folge als eigenständige Kraft kandidiert und dabei ein bundesweit Aufsehen erregendes Ergebnis erzielt.

Mit einem Zuwachs von 859 Wählerstimmen und dem Anstieg von 6,1 auf 15,6 Prozent konnte die DKP die Zahl ihrer Mandate von 2 auf 6 glatt verdreifachen. Dieser Wahlerfolg spricht für das gewachsene Ansehen der DKP bei



Schweinfurter Bosse
Killten Arbeitsplätze im
Fabrikbetrieb Etzenhofen



der Püttlinger Bevölkerung, während die CDU zu gleicher Zeit 1.013 Stimmen einbüßte und die SPD 911 Wählerstimmen verlor.

Noch einmal soll betont werden, dass das Abschneiden der DKP keineswegs ein Zufallsprodukt war. Wir wurden in der Öffentlichkeit als eine agile, immer präzise und vor allem mit Argumenten operierende Partei wahrgenommen und von zunehmend mehr Wählern als eine Ernst zu nehmende Alternative anerkannt. Darauf sind wir stolz. Das gibt unserer Tätigkeit im Stadtrat für die nächsten Jahre neuen Auftrieb.

Nazi-Umtriebe bekämpfen

Dass die neonazistische NPD bei der Kommunalwahl im Juni in der Nachbarstadt Völklingen 9,6 Prozent erreichen und auch in die Saarbrücker Bezirksräte Burbach und Halberg einziehen konnte, muss als ernstes Warnsignal verstanden werden. Darüber hinaus ist der Einzug von NPD und DVU in die Landtage von Sachsen und Brandenburg ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit, über Hintergründe und Folgen neonazistischer Gefahren aufzuklären und die Umtriebe dieser gefährlichen Kräfte zu bekämpfen. Nur schade, dass ein diesbezüglicher Antrag der DKP im Stadtrat keine Unterstützung bei den anderen Parteien gefunden hat.

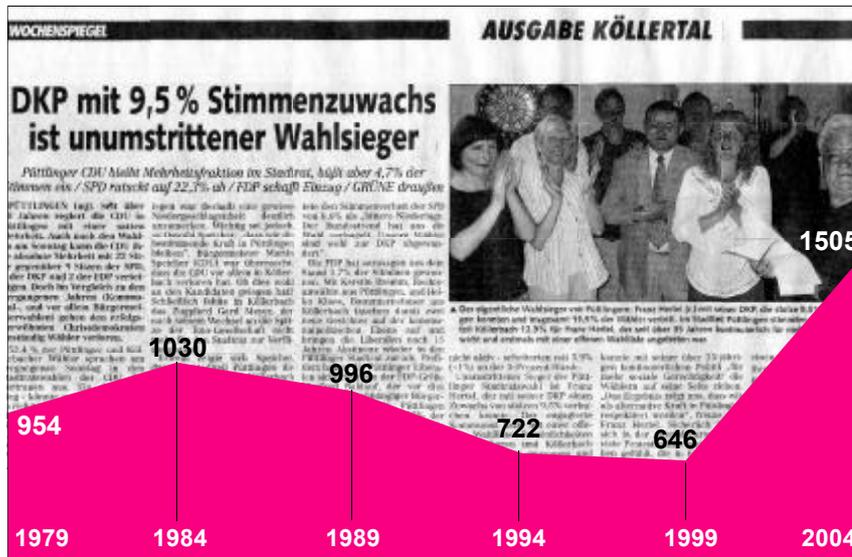
Interessante Veranstaltungen

Was wäre ein Jahresrückblick, ohne auf die zahlreichen Veranstaltungen zu verweisen, die von der DKP auch 2004 in unserer Stadt durchgeführt wurden. Es sei da erinnert an die im März durchgeführte Geburtstagsfeier der DKP anlässlich ihres 35-jährigen Bestens in Püttlingen. Im April hat der Schriftsteller Günther Schaaf mit seinem Vortrag über Che Guevara großes Interesse gefunden. Von Bedeutung über unsere Stadt hinaus war der Mai-Empfang in der Stadthalle, an dem auch der DKP-Bundesvorsitzende Heinz Stehr teilgenommen hat. Mitte Mai wurde das erste Früh-Links-Fest der DKP zu einem gesellschaftlichen Höhepunkt, der dieses Jahr eine Fortsetzung finden soll.

Dass die Ratsarbeit der DKP-Fraktion über unsere Stadt hinaus Anerkennung findet, wird nicht zuletzt durch die am 7. November durchgeführte DKP-Betriebsdelegiertenkonferenz im Kulturbahnhof Püttlingen bestätigt.



Seit Juli 2004 im Amt: Die neue DKP-Fraktion mit (v.l.n.r.) Franz Hertel, Ingrid Kuhn, Fritz Kuhn, Dina Hertel, Edith Albert und Hans Schwindling.



Die Entwicklung der Wahlergebnisse für die DKP bei den Stadtratswahlen in Püttlingen: 1979 = 7 Prozent; 1984 = 7,53 Prozent; 1989 = 7,18 Prozent; 1994 = 5,44 Prozent; 1999 = 6,1 Prozent; 2004 = 15,6 Prozent der Stimmen.

Ich möchte gerne... (bitte entsprechendes ankreuzen)

- regelmäßige Zusendung der DKP-Stadtzeitung „pro + kontra“
- weitere Informationen über die Politik der DKP in Püttlingen
- ein Probeexemplar der UZ, der Wochenzeitung der DKP
- Politische Erklärung der Deutschen Kommunistischen Partei
- zu örtlichen DKP-Veranstaltungen eingeladen werden
- Mitglied der DKP werden

Name:

Anschrift:

Telefon:

Ausschneiden & einsenden an: F. Hertel, Geisbergstr. 12, 66346 Püttlingen

Mehr Effizienz soll besserer Kapitalverwertung dienen:

Schlankheitskur für öffentliche Verwaltungen

Reformen sind groß in Mode. Während früher unter diesem Begriff die „Verbesserung des Bestehenden“ verstanden wurde, ist „Reform“ längst zu einem Synonym für rigorosen Umbau mit radikalen Verschlechterungen geworden. Beste Beispiele dafür sind die Renten-, Gesundheits- oder Arbeitsmarkt“reform“. Die Betroffenen können ein Lied von den schmerzhaften Einschnitten in ihre sozialen Rechte singen. Auch die seit dem Herbst ins Blickfeld gerückte Funktionalreform macht da keine Ausnahme, sie würde - wie andere Vorhaben zuvor - zur weiteren Aushöhlung kommunaler Selbstverwaltung führen und die Bürger müssten die Folgen dafür tragen.

Anfang Oktober 2004 hat Professor Hesse der Öffentlichkeit ein Gutachten zur „Überprüfung der kommunalen Verwaltungsstrukturen im Saarland“ vorgelegt. Auf 600 Seiten kommt der Berliner Professor zum dem Ergebnis, dass „auf Grund der desolaten Haushaltssituation nicht nur Funktional-, sondern auch Strukturreformen unausweichlich“ geworden seien. Und er hat auch gleich 200 „praxisnahe Empfehlungen“ parat, wie man die „notwendigen Reformen“ umsetzen könnte.

So will man bei der Suche nach Sparpotentialen nicht nur die Zahl der Kreise reduzieren. Auch die Landesverwaltung soll abgespeckt, eine umfassende Dezentralisierung bisheriger Zuständigkeiten des Landes zu Gunsten der Landkreise betrieben und eine weitgehende Privatisierung öffentlicher Aufgaben angestrebt werden. Um das Ganze schmackhaft zu machen, beziffert Professor Hesse den Einspareffekt seiner Reformvorschläge „mittelfristig auf 73 Millionen Euro jährlich“. Kein Wunder, dass die CDU-Landesregierung von diesem Konzept schwärmt.

Erfahrungen der Gebietsreform mahnen

Am Jahresanfang 2004 waren es genau 30 Jahre her, da im Saarland eine Gebiets- und Verwaltungsreform wirksam wurde. Auch damals hatten die Regierenden heilige Eide geschworen, dass sich mit dieser Kommunalreform die Situation der Städte und Gemeinden zu ihrem Vorteil ändern würde und die Kommunen dann besser in der Lage wären, ihre Aufgaben zu bewältigen. Heute wissen wir, dass die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllt wurden. Noch nie war die finanzielle Not der Kommunen so groß wie heute.

Es ist keineswegs neu, die Anzahl der Landkreise reduzieren zu wollen. Damals scheiterte der Vorschlag, bei der Gebietsreform nur noch drei Kreise übrig zu lassen. Jetzt wird diese Idee wieder aus der Versenkung geholt, obwohl sie um keinen Deut besser geworden ist.

Professor Hesse empfiehlt, „statt der fünf Landkreise und dem Stadtverband nur noch zwei Landkreise und einen Stadtkreis Saarbrücken“ übrig zu lassen. Für den Stadtverband Saarbrücken würde diese „Hinwendung zu mehr Effizienz“ bedeuten, dass Oberbürgermeisterin und Beigeordnete von Saarbrücken wichtige Verwaltungsaufgaben des derzeitigen Stadtverbandes übernehmen und die „Doppelverwaltung im Großraum Saarbrücken“ abgebaut wird. In Wirklichkeit würde der Verwaltungsapparat kaum schrumpfen. Sicher ist nur, dass die jetzt noch dem Stadtverband angehörigen Kommunen schrittweise zu Außenbezirken der Landeshauptstadt umfunktioniert und quasi zu Wasserträgern von Saarbrücken degradiert würden.

Aufgaben verlagern

Einige Überlegungen des Berliner Professors zielen darauf ab, Aufgaben der Landesbehörden auf die Kreise zu verlagern. Das Amt für Landesentwicklung, die Lebensmittelüberwachung, Veterinäraufgaben und der Gesundheitsschutz werden in diesem Zusammenhang genannt. Aber auch das ist nicht neu. Schon vor vielen Jahren wurden z.B. Landesstraßen herabgestuft und in Verantwortung der Kommunen übergeben, die Gymnasien kamen vom Land in die „Obhut“ der Kreise. In beiden Fällen wurde auch die finanzielle Verantwortung auf die kommunalen Träger abgewälzt. Und das ist das Hauptproblem:

Dezentralisierung staatlicher Aufgaben und Verlagerungen nach unten können durchaus sinnvoll sein, aber sie sind nur vertretbar, wenn die Kreise und Kommunen entsprechend finanziell ausgestattet werden. Offensichtlich ist daran aber am wenigsten gedacht.

Privatisierungen geplant

In seinem Gutachten legt Professor Hesse der Landesregierung nahe, im Bereich der Abfall- und Wasserwirtschaft, der Serviceaufgaben des Landesamtes für Ausländer und Flüchtlingsangelegenheiten sowie des

Hesse-Gutachten

Jetzt soll uns die Funktionalreform erschlagen!

Brand- und Katastrophenschutzes die „Fremdvergabe von Arbeiten“ zu prüfen, was einer De-facto-Privatisierung gleichkäme. Darüber hinaus plädiert er ungeniert für die „Privatisierung des Staatswaldes und von Krankenhäusern“.

Abschreckende Beispiele

Offensichtlich geht es also um das Aufspüren von „Sparpotentialen“, damit Ressourcen geschont und effizientere Verwaltungsabläufe erreicht werden. Ähnlich wie in der Wirtschaft sollen auch im Kommunalbereich neue Strukturen durchgesetzt werden, damit sich die Bedingungen der Profitmaximierung auch auf dieser Ebene verbessern.

Dabei würden den Kapitalbesitzern vor allem durch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben und staatlicher Einrichtungen die „Hasen in die Küche getrieben“. Wie sich dabei der Service für die Benutzer systematisch verschlechtern wird, hat die Privatisierung von Bahn und Post bereits spürbar deutlich gemacht. Schließung von Bahnstrecken oder von Poststellen, Einschränkung und Verteuerung von erbrachten Leistungen sowie Vernichtung von tausenden Arbeitsplätzen sollten deshalb als Warnsignale in Erinnerung bleiben.

Wer der Privatisierung das Wort redet, will doch nur die Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen erreichen, um auf diese Weise zusätzlichen Profit einzustreichen. Dagegen hat die DKP schon immer votiert und sich mit aller Entschiedenheit zur Wehr gesetzt.

Einnahmeverbesserungen?

Im Hesse-Gutachten wird über vieles geschrieben, nur nicht darüber, dass die Kommunen schon seit Jahrzehnten durch eine gemeindefeindliche Politik in Bund und Ländern systematisch ausgetrocknet worden sind. Defizite der Städte und Gemeinden sind längst kein Ausgabenproblem mehr, beim Sparen ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Was fehlt, ist die Durchsetzung einer neuen Finanzaufteilung zugunsten der ausgeplünderten Kommunen. Doch davon wollen die Herrschenden samt ihrem Gutachter nichts wissen.



Ehrung für langjährige Mitgliedschaft in der Feuerwehr am 18. Januar im Rathaus. Unser Foto zeigt Löschzugführer Gert Müller (LZ Herchenbach), der seinen langjährigen Stellvertreter in die Altersfeuerwehr verabschiedet. Weiter wurden geehrt: Ralf Finkler, Michael Bär, Manfred Unterkoffer und Stefan Diehl. Herzliche Glückwünsche auch von der DKP-Fraktion.

DKP bleibt bei ihrer ablehnenden Position:

Hartz IV bringt zwar Armut, aber keine ordentlichen Arbeitsplätze

Der Stadtrat hatte am 8. Dezember in nichtöffentlicher Sitzung über Personalfragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Hartz-IV-Gesetze zu entscheiden. Darüber können wir leider nichts berichten. Dennoch einige Anmerkungen zur Thematik.

Die Gesetzgebung zur „Reform“ des Arbeitsmarktes ist über die Köpfe der Städte und Gemeinden hinweg im Bundestag durchgepeitscht worden. Bis im Spätherbst wurden die Kommunen nur unzureichend informiert, was auf sie zukommt, und selbst heute noch kann niemand definitiv sagen, wie es künftig weitergeht.

Wesentliches Element der Hartz-IV-Gesetze ist die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, beschönigend als Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe dargestellt. Versicherungsleistungen werden zurückgefahren, in

die viele Beschäftigte jahrzehntlang einbezahlt und sich dadurch einen Rechtsanspruch erworben haben.

Es gibt zwar genügend Anhaltspunkte dafür, dass diese Gesetzgebung für Abertausende zur Verarmung führt, weil die Leistungen radikal gekürzt und Beitragszahler um ihre Ansprüche betrogen werden. Dennoch wird es keine ordentlichen Arbeitsplätze durch die Arbeitsmarktreform geben (wenn man von den fragwürdigen 1-Euro-Jobs zu Dumpingbedingungen einmal absieht). Dazu hat die Regierung bisher keine Pläne und erst recht keine Investitionsprogramme entwickelt.

Die DKP hat von Anfang an ihre Ablehnung der Berliner Politik bekundet. Nach allem, was bisher gelaufen ist, gibt es keinen Anlass, auf den Kampf gegen die Durchsetzung von Agenda 2010 und Hartz IV zu verzichten.

Kurz und knapp

Hans Schwindling erklärte in der letzten Sitzung des Stadtrates, die DKP-Fraktion lehne die vorgeschlagene Erhöhung der Abwassergebühren auch deshalb ab, weil es der EVS bislang versäumt habe, alle Einsparpotentiale voll auszuschöpfen. Zudem sei es eine Unverschämtheit, nach einer 7%-igen Steigerung vor zwei Jahren jetzt erneut 6,14 % zulegen zu wollen. Nur die DKP stimmte mit Nein.



*

Dina Hertel berichtete als Mitglied im Rechnungsprüfungsausschusses, dass keine Beanstandungen bei der Abwicklung des Haushaltes zu verzeichnen waren und alle Positionen rechnerisch richtig und sachlich belegt waren. Deshalb



habe die DKP auch

keine Bedenken, der Jahresrechnung 2003 zuzustimmen und dem Bürgermeister Entlastung zu erteilen.

*

Fritz Kuhn meldete sich in der Ratsitzung zu Wort, als es um die Frage ging, ob im Kreuzungsbereich Hauptstr./Sprengerstraße, wo kürzlich die alte Tankstelle beseitigt worden ist, künftig ein Verkehrskreisel eingerichtet werden soll. Er betonte dabei, die DKP stehe einem derartigen Vorhaben durchaus positiv gegenüber, plädierte aber dafür, vor allem auch im Interesseder Fußgänger gründlich zu planen und nichts zu überstürzen.



*

Jakob Scharl, ein zu Lebzeiten bekannter Kommunist in unserer Stadt, wäre am 17. Januar hundert Jahre geworden. Ihm zu Ehren findet am 20. März eine Gedächtnisveranstaltung in Uhrmachers Haus statt

Gewerbesteuerhebesatz:

DKP beantragt Festsetzung auf 425 %

Anfang 2001 wurden die saarländischen Kommunen von der Landesregierung bedrängt, ihre Gewerbesteuerhebesätze zu reduzieren. Es ging darum, so hieß es, die „Attraktivität des Wirtschaftsstandortes“ zu verbessern. Als Anreiz wurde angeboten, dass Gemeinden, die ihre Hebesätze reduzieren, dafür vom Land einen Ausgleich bekommen. Jetzt sind die in 2005 dafür notwendigen Mittel dem Rotstift zum Opfer gefallen.

Ganz klar, dass die damals gegen die Stimmen der DKP beschlossene Reduzierung des Hebesatzes nicht beibehalten werden kann, sonst würde sich die katastrophale Lage der Stadtkasse noch weiter zuspitzen. **Es geht immerhin um 110.000 Euro im Jahr, eine Menge Geld für die Stadt.** Deshalb hat die DKP-Fraktion beantragt, auf den früheren Hebesatz von 425 Prozent zurückzukehren.

Schon von Anfang an war die damals von der CDU betriebene Aktion heftig umstritten.

Auch wir waren der Meinung: Wenn das Land trotz seiner Finanznot in den nächsten fünf Jahren rund 140 Millionen übrig hat, um die Gewerbesteuerhebesätze im Interesse großer Unternehmer subventionieren zu können, dann solle man dieses Geld lieber holen, um Investitionen zu finanzieren, die real zur Schaffung von Arbeitsplätzen hätten beitragen können.

Doch die Müller-Regierung stellte sich quer. Sie wollte den Großunternehmen und ihren Lobbyisten, die schon lange für den völligen Wegfall der Gewerbesteuer eintreten, etwas entgegenkommen. Die Kommunen wehren sich zu Recht gegen derartige Absichten, ist doch die Gewerbesteuer eine der wenigen Finanzquellen der Gemeinden, auf die sie selbst Einfluss haben.

Die meisten Gewerbetreibenden werden durch die Rückführung des Hebesatzes auf den früheren Stand keine besonderen Nachteile zu befürchten haben. Für ein Großteil der saarländischen Unternehmen ist die Gewerbesteuer kein relevanter Kostenfaktor mehr und ohne standortpolitische Bedeutung.

DKP-Fraktion im Püttlinger Stadtrat

Püttlingen, den 18. Januar 2005

Fraktionsvorsitzender Franz Hertel, Geisbergstraße 12, 66346 Püttlingen, Telefon 65417

Stadt Püttlingen
Herrn Bürgermeister Speicher
Rathaus I
66346 Püttlingen

Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 425 Prozent

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die DKP-Fraktion beantragt, den Punkt: „Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 425 Prozent“ auf die Tagesordnung des Hauptausschusses zu setzen und danach auch im Stadtrat zu entscheiden. Da ohnehin die Haushaltsberatung ansteht, könnte dieser Punkt im Zusammenhang damit behandelt werden.

Begründung:

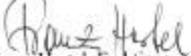
Am 21. Februar 2001 wurde der Beschluss gefasst, den Hebesatz für die Gewerbesteuer ab dem Jahr 2001 von 425 Prozent um 22 Prozent zu senken und auf 403 Prozent festzusetzen. Diese Entscheidung erfolgte in Übereinstimmung mit einer Initiative der Landesregierung, die Gewerbesteuerhebesätze im Saarland dem Bundesdurchschnitt anzugleichen und bei Senkungen bis zu 22 (später bis zu 28) Hebesatzpunkten den Einnahmeausfall auszugleichen. Rund 140 Millionen Mark waren dafür im Laufe von fünf Jahren vorgesehen.

Inzwischen hat die Landesregierung ein weitreichendes Sparprogramm bekannt gegeben, wonach auch Mittel gestrichen werden, die ursprünglich zum Ausgleich für niedrigere Hebesätze geplant waren. Das würde demnach als zusätzlicher Fehlbetrag im städtischen Haushalt wirksam werden. Wir haben jedoch kein Verständnis dafür, dass sich das Land auf Kosten der Kommunen aus der Affäre ziehen und statt längst fälliger Erleichterungen jetzt sogar weitere Finanzlasten auf die Gemeinden abwälzen will.

Wir meinen: Wenn in 2005 der versprochene Einnahmeausfall nicht mehr ersetzt wird, ist unverzüglich wieder der ursprüngliche Gewerbesteuerhebesatz festzulegen. Sowohl in Heusweiler als auch in Sulzbach sind bereits in die gleiche Richtung zielende Beschlüsse gefasst worden.

Im Voraus vielen Dank für Ihre Bemühungen.

Mit freundlichen Grüßen


Franz Hertel, Fraktionsvorsitzender

DKP regt Nutzung von brachliegendem Gelände an:

Schrebergärten an der früheren Stadtgärtnerei?

Die DKP-Fraktion hat beantragt, den Punkt: „Schrebergärten auf dem Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei“ zu beraten und gegebenenfalls darüber im Stadtrat zu entscheiden.

In ihrem Schreiben will die DKP wissen, welche Planungen es für das Gelände der ehemaligen Stadtgärtnerei gibt, nachdem der Obst- und Gartenbauverein Püttlingen auf das Angebot verzichtet hat, seine Vereinsanlage dorthin zu verlagern.

Nach Ansicht unserer Fraktion wäre es schade, wenn das Gelände über längere Zeit ungenutzt bliebe. Zumal man sich vorstellen könnte, die vorhandene Fläche für die Anlage von Schrebergärten zu nutzen, was unter dem Gesichtspunkt sinnvoller Freizeitgestaltung be-

sonders interessant sei. Auch angesichts zunehmender sozialer Probleme könne die Nutzung eines Schrebergartens für die Haushaltskasse finanzschwacher Familien durchaus akzeptabel sein. Die DKP verlangt,

* dass die Verwaltung über eine Ausschreibung im Öffentlichen Anzeiger unverzüglich ermittelt, ob und inwieweit es Interesse an der Anpachtung von Schrebergärten gibt

* dass eine Planung aufgestellt wird, wie eine Schrebergartenanlage gestaltet werden könnte, wie viele Mittel dafür erforderlich sind und welche Pachtzinsen auf die Nutzer entfallen,

* dass ein entsprechender Zeitplan aufgestellt wird, bis wann das Projekt umgesetzt werden kann.